

RESOLUTION

- > Für die Volksinitiative zum Schutz des städtischen Leitungsnetzes und des bewährten Service Public in der Stadt Biel
- > Gegen die Auslagerung des Energie Service Biel und die Entmachtung und Enteignung der Bürgerinnen und Bürger

Am 11 März 2012 wird in der Stadt Biel/Bienne über die Volksinitiative „Zum Schutz des städtischen Leitungsnetzes“ abgestimmt. Hinter der Initiative, die im August 2010 mit mehr als 3200 Unterschriften eingereicht wurde, steht ein breit abgestütztes überparteiliches Komitee, dem unter anderem Vertreterinnen und Vertreter des Gewerkschaftsbundes Biel-Lyss-Seeland, der Gewerkschaft Unia, der SP, der Grünen und der Grünliberalen angehören. Gleichzeitig kommt ein Vorschlag des Gemeinderates zur Abstimmung, der den städtischen Energie Service Biel (ESB) in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt ausgliedern, damit faktisch privatisieren und insbesondere der direkten Kontrolle durch das Volk entziehen will.

Die Delegierten des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern unterstützen mit der vorliegenden Resolution die Volksinitiative zum Schutz des Service Public und lehnen die abenteuerlichen und unüberlegten Privatisierungspläne der Bieler Stadtregierung ab.

Dies aus folgenden Gründen:

- Der Inhalt des Volksbegehrens entspricht vollumfänglich den gewerkschaftlichen Forderungen für den Erhalt eines starken Service Public. Der Initiativtext im Wortlaut: „Das Leitungsnetz für Gas, Wasser, Elektrizität und Kommunikation / Datentransfer (Bsp. Glasfaser) darf nicht in eine Aktiengesellschaft (oder eine andere Rechtsform) überführt sowie verkauft oder versteigert werden.“
- Das Ziel der Ausgliederung des ESB - heute noch ein 100-prozentiger Gemeindebetrieb in der Zuständigkeit des Gemeinderates, des Stadtrates und des Volkes - ist klar: Die demokratische Kontrolle über die wichtige städtische Infrastruktur und Dienstleistung soll zurückgebunden, der Spielraum für den künftigen Verwaltungsrat auf Kosten der Volksrechte und des Service Public massiv ausgedehnt werden.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ESB, die heute in den Genuss der vergleichsweise fortschrittlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Stadt Biel/Bienne kommen, sollen neu einem eigenen Gesamtarbeitsvertrag unterstellt werden. Damit droht die Gefahr, dass Löhne, Arbeitszeit und andere gesicherte Leistungen mittel- und längerfristig zur Manövriermasse des auf Profit und eigene Honorare versessenen Verwaltungsrates werden. Und macht eine solche Ausgliederung Schule, kommen früher als später weitere städtische Bereiche an die Reihe. Darum wehret den Anfängen!
- Nichts hindert den ESB daran, eine innovative, fortschrittliche, auf erneuerbare Energien und einen leistungsfähigen Service ausgerichtete Geschäftspolitik zu verfolgen. Dazu braucht es keine abenteuerliche Ausgliederung und keine Privatisierungs-Experimente, die in vielen Gemeinden bereits kläglich gescheitert sind. Demgegenüber verfügt beispielsweise Zürich als grösste Schweizer Stadt mit dem EWZ nach wie vor über einen 100-prozentigen städtischen Betrieb, der bestens floriert und zu den Vorzeigeunternehmen der Stromversorgungs-Branche gehört.

In Thun hat das Volk 2009 auf Initiative der Gewerkschaften die Teilprivatisierung der Energie Thun AG mit 84% Nein-Stimmen abgelehnt. Ähnlich massiv fiel die Abfuhr im Mai 2010 in Burgdorf aus: 73% der Bürgerinnen und Bürger lehnten den Teilverkauf des lokalen Energie- und Wasserversorgers Localnet ab.

Der GKB ruft die Bürgerinnen und Bürger von Biel/Bienne auf, dem Beispiel von Thun und Burgdorf zu folgen! Strom und Wasser sind Allgemeingut und müssen es bleiben.

Mit 33:13 Stimmen angenommen an der a.o. DV des GKB am 12.11.2011 im Rest. „Mappamondo“ in Bern.
GKB > ESB Biel. Resolution 2011-11-12.doc.